Thorner Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 1 — **1. Blatt — Mittwoch, 1. Januar** — **1919**

Des Neujahrstages wegen erscheint die nächste Nummer der „Thorner Zeitung" erst Donnerstag, 2. Januar, abends.

Neueste Nachrichten.

Nachklänge zu den Posener Unruhen.

Posen, 30. Dezember. (Drahtnachricht). Die Schlichtungskommission des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats und der kommandierende General von **Bock und Pollach** haben einen Korpsbefehl erlassen, in dem die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß in Zukunft Zusammenstöße zwischen Soldaten deutscher und polnischer Abstammung vermieden werden. Alle jetzigen und früheren Angehörigen des Heeres und der Marine hätten über 4 Jahre hindurch alle Strapazen und Nöte des Krieges gemeinsam getragen und innerhalb ihrer Truppenteile Schulter an Schulter ohne Unterschied der Nationalität treue Kameradschaft gehalten. Es müsse auch während des Waffenstillstandes trotz politischer Gegensätze ein erträgliches Verhältnis gewahrt werden und die endgiltige Entscheidung zwischen beiden Nationen dem Friedenskongreß vorbehalten bleiben.

Dem Korpsbefehl ist eine Bekanntmachung angefügt, daß seit dem 26. 12. eine englische Mission nach ihren Angaben im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission in **Spaa** einige Tage in der Stadt sich aufhalte. Die Mission steht unter dem Schutze des Völkerrechts. Sie dürfe deshalb in keiner Weise angegriffen oder auch nur belästigt werden.

Kundgebung Arbeitsloser in Hamburg.

Hamburg, 30. Dezember. Mehrere Tausend Arbeitslose versammelten sich nachmittags auf dem Heilige Geist-Platz, um den Bericht ihres dem Arbeiter- und Soldatenrat beigegebenen Siebenerrates entgegenzunehmen. Es wurde bekanntgegeben, daß ein Arbeitslosenrat gebildet und zugelassen worden ist. Die Unterstützung wird um 1 Mark täglich für Männer und Frauen erhöht. Es findet täglich eine doppelte Essenausgabe in den Kriegsküchen für Arbeitslose und deren Familienangehörige statt. Später wurden Demonstrationszüge veranstaltet.

Zum Besuche Wilsons in England.

Manchester, 30. Dezember. Reutermeldung. **Wilson** wurde das Bürgerrecht der Stadt **Manchester** verliehen. Er antwortete auf die Rede des Lordmajors: Amerika interessiere sich jetzt nicht für europäische Politik, wohl aber habe es Interesse an der auf das Recht gerichteten Gemeinschaft, die zwischen Amerika und Europa besteht. Europa sei nicht nur am europäischen, sondern am Weltfrieden interessiert. Deshalb sei bei der bestehenden Regelung wahre Uebereinstimmung des Geistes und der Ziele notwendig.

Die Koalitionsgegner in England mehren sich.

Amsterdam, 30. Dezember. Nach einer vorliegenden Meldung aus London über den Ausgang der Wahlen haben die Koalitionsgegner viel mehr Stimmen gewonnen, als man nach den ersten Meldungen erwartete. Nach dem Londoner Korrespondenten des Telegraaf entfielen auf die Koalition 5 293 976, auf die Koalitionsgegner 4 090 699 Stimmen, sodaß die Koalition bei einem gerechten Wahlsieg nur eine kleine Mehrheit erhalten haben würden.

Eisenbahnunfall bei Namur.

Amsterdam, 30. Dezember. „Algemeen Handelsblad" meldet: Einige deutsche Lokomotiven, die die belgische Eisenbahnverwaltung zurückgewiesen hatte, sind, von deutschem Personal geführt, bei **Namur** auf einen Militärzug gestoßen. Drei deutsche Maschinisten wurden verhaftet.

Meuterei lettischer Kompanien.

Riga, 30. Dezember. Der Versuch einer Militärrevolte lettischer Kompanien gegen die provisorische lettländische Regierung wurde durch regierungstreue Landeswehr mit Feuerunterstützung englischer Schiffsartillerie unterdrückt, die Meuterer verhaftet und abgeurteilt. Riga ist ruhig.

An der Schwelle des Jahres.

Das Jahr 1918 hat uns dem ersehnten Frieden nähergebracht. Aber der Friede wächst für Deutschland aus einem Zusammenbruch, dessen Größe und dessen Umfang wir noch nicht zu ermessen vermögen. Es war ein furchtbares Erwachen aus der Hoffnung auf den Sieg, den uns der Herbst brachte, als nacheinander Bulgarien, die Türkei und die Donaumonarchie aus dem scheinbar so festen Gefüge des Vierbundes brachen. Das Frühjahr sah den Beginn der Offensive, die uns den Frieden erzwingen sollte, den uns die Feinde im Wege der Verständigung nicht gewähren wollten. Vor den Schlägen der deutschen Heere wurden Engländer und Franzosen bis vor Amiens und an die Marne gedrängt, so daß es nur eines Griffes bedurfte, um den überlegenen Sieg an die deutschen Fahnen zu heften. Wir wissen, daß dieser Griff mißlang, daß die Feinde vielmehr zum Gegenstoß übergingen, dessen Furchtbarkeit nur ein so kriegserprobtes und unüberwindliches Heer wie das deutsche aushalten konnte. Wir haben den Krieg verloren, weil wir mit verhältnismäßig schwachen Bundesgenossen einer immer wachsenden Zahl von Gegnern gegenüberstanden, deren Hilfskräfte unerschöpflich waren, während unsere auch durch sorgfältige Bewirtschaftung nicht für unabsehbare Dauer des Krieges reichen konnten.

Und doch haben wir als Volk die Waffen mit dem Bewußtsein niedergelegt, sie nicht um wilder und uferloser Eroberungsziele willen geführt zu haben. Die Geschichte wird einmal die Fäden entwirren, in deren Netzwerk sich im Sommer 1914 das Schicksal Europas verfing, wird auch die Staatsmänner prüfen und verurteilen, deren Kunst nicht ausreichte, um das Netz rechtzeitig zu zerreißen. Kein Staat der Erde hatte in einem Kriege so viel zu verlieren wie Deutschland, das nur leben und gedeihen konnte, wenn die Meere frei und sicher waren für alle, wenn die Völker in friedlicher Arbeit wetteiferten. Unerschütterliche Tatsache bleibt es, daß die von Deutschland gefürchtete Einkreisung sich im Kriege in einem Maße offenbarte, die zuvor in diesem Umfange niemals vorausgesehen war. Und es bleibt eine bewunderungswürdige Tatsache, daß das deutsche Volk vier Jahre dem gewaltigsten Anprall der Streitmittel und der Streitkräfte fast der gesamten bewohnten Erde stand hielt. Das Jahre 1918 hat unsere Kraft auf dem Scheitelpunkt gesehen, um mit einem Sturz in die Tiefe zu enden, der vielleicht jedes andere Volk zerschellt haben würde.

Kaum heben sich vor unserem geistigen Auge die Ereignisse des Jahres 1918 ab, weil der Druck dessen auf uns wuchtet, was Oktober und November als Entscheidungen in die deutschen Geschichtstafeln eingruben. Von der siegreichen Kaiserschlacht im Westen im März 1918 führt kaum ein Weg in die Wälder von Compiegne, in denen am 7. November der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Dazwischen liegt der Abschluß des Friedens mit Rußland, mit der Ukraine und Rumänien. Im Osten schien die unerhörte Arbeit getan, um sich der Entscheidung im Westen zuzuwenden, die wie eine reife Frucht wirkte. Das war keine unbegründete Hoffnung, denn England und Frankreich hatten sich vergeblich gemüht, die deutschen Heere in Frankreich niederzuringen. Bis dann im Frühjahr die Hochflut der amerikanischen Truppentransporte einsetzte, die das Verhältnis der Kräfte umso mehr verschob, als sich neue Gefahren in unserem Rücken erhoben, die wir gebannt glaubten oder für unmöglich hielten. Indessen bewies auch dieser Krieg wieder einmal, daß es nichts Unwahrscheinliches gibt, daß das Auf und Ab des Schlachtenglückes untrennbar verbunden bleibt mit dem Grad der Ausdauer und Widerstandsfähigkeit der handelnden Völker. Wie immer der Krieg ausgegangen wäre, er hätte mit der Notwendigkeit und der Gewalt von Naturereignissen eine Neuordnung der europäischen Staaten gebracht. Es liegt ein seltsamer Gegensatz darin, daß der Krieg auf der einen Seite die Versöhnung der Nationen im Rahmen der Völkergemeinschaft bringen soll, während er auf der anderen Seite alle nationalen Kräfte aufs Neue entfachte. Die Donaumonarchie ist dadurch zersprengt worden, ebenso Rußland, dessen staatliche Zukunft hinter Schleiern verborgen ist, die kein Blick zu durchdringen vermag. Schließlich entscheidet auch im Völkerleben die Tüchtigkeit des einzelnen Volkes. Der verlorene Krieg hat Deutschland den Zusammenbruch der geschichtlichen Staatsform der Monarchie gebracht. Indessen war die staatliche Gesinnung so stark, die Organisation des Verfassungsstaates so fest verankert, daß die Revolution nicht wie in Rußland und wie vor 130 Jahren in Frankreich zur Auflösung der soziologischen Gemeinschaft führte. Es ist ein Beweis unserer ungebrochenen staatlichen Kräfte, daß sechs Wochen nach dem Sturz der Monarchien im Umrisse die neue Staatsform der Republik und ihr vornehmster Träger, die Nationalversammlung feststanden. Und das gewährt uns Trost und Hoffnung für die Zukunft. Der Friede wird hart sein. Vielleicht vermag selbst Wilson nicht die Gedanken durchzusetzen, die er am 8. Januar, am 4. Juli und 27. September in ursächlichem Zusammenhang als Grundlage der neuen Völkergemeinschaft entwickelte. Allein auch die Zeit herber Prüfungen werden wir überwinden, wenn wir uns der Geschichte, unserer Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart erinnern. Mit den Deutschen Oesterreichs bilden wir nach wie vor in Mitteleuropa einen Block von über siebzig Millionen, also ein Volkstum, das in dieser geschlossenen Kraft auf der ganzen Erde nicht vorhanden ist. Mit uns sind der Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, in dem dauernden Wert seiner Arbeit, seinen Willen zum Leben und seinen unversiegbaren Reichtum an schöpferischen Persönlichkeiten. So gehen wir in das Jahr 1919. Hart geprüft, aber ungebrochen an sittlicher und staatlicher Kraft.

Der polnische Aufruhr.

In Posen ist das Standrecht verhängt worden. Die Bekanntmachung soll von deutschen und polnischen Behörden unterzeichnet sein, obschon es rechtlich in der preußischen Provinz Posen nur deutsche Behörden gibt. Tatsächlich steht der Osten in Flammen, eine Folge der unglaublichen Zickzackpolitik der bisher von den Unabhängigen geschwächten Regierung. Seitdem Mitte Oktober 1918 Warschau das Signal zur polnischen Erhebung gab, sah jeder mit den Verhältnissen Vertraute, was kommen würde. Offen wurde der Anschluß deutscher Grenzgebiete an Kongreßpolen betrieben, in absichtlich mißverstandener Auffassung und Auslegung des Selbstbestimmungsrechts. Noch unter der Regierung des Prinzen Max von Baden verlangte **Korfanty** die rein deutsche Stadt **Danzig** mit der Begründung, daß sie sich mit dem Schicksal abfinden müsse, eine deutsche Insel in dem polnischen Meer zu bilden. Mit dieser Logik könnten aber auch rein polnische Gebiete für Deutschland verlangt werden, was Korfanty und seine polnisch-nationalistischen Helfershelfer übersehen haben. Die November-Revolution hat dann die polnische Wühlarbeit weiter begünstigt, nicht nur in Posen, sondern auch in Oberschlesien. Höhnisch gaben die Warschauer Politiker zu verstehen, auf die von den Revolutionen zerbrochenen Mittelmächte werde keine Rücksicht mehr genommen. Der Anschluß an den Vielverband wurde offen vollzogen, nicht aus innerer Neigung zu den Westmächten, sondern in der Erwägung, daß London und Paris gegen polnische Raubzüge auf deutsches Gebiet nichts einwenden würden. Dabei war es nur die deutsche Besetzung, die Kongreßpolen und seine nationaldemokratische Gesellschaft über ein Jahr lang wider die Flut des Bolschewismus verteidigte. Hätten wir vor einem Jahr die Demarkationslinie bis an die deutsche Grenze zurückgenommen, wäre Kongreßpolen rettungs- und hilflos die Beute der Roten Garde geworden. In Brest-Litowsk hatte sich ja schon Radek eingefunden, um für Polen zu verhandeln, das heißt um Posen zum Schauplatz der bolschewistischen Wühlarbeit zu machen.

Was wir jetzt im Osten erleben, kommt nicht unvorbereitet. In der Schweiz und in London waren polnische Nationalkomitees tätig, die auf der ganzen bewohnten Erde Verständnis für die großpolnischen Pläne zu verbreiten suchten. Das gab einen Rückhalt für den Fall, daß der Krieg die mitteleuropäische Landkarte in dem einen oder andern Sinne umgestaltet würde. Und wie auf den Stundenschlag begann in Posen die Abfallbewegung, zumal die Regierung in Berlin in seltsamer Verkennung der Triebkräfte des polnischen Aufruhrs mit Verhandlungen ans Ziel zu kommen glaubte. Die Haaseleute blieben steif und fest bei der Ansicht, daß vom Osten keine Gefahr drohe. Noch Barth hat im Rätekongreß auseinandergesetzt, daß der Grenzschutz eine Herausforderung sei, daß sich alles friedlich und schiedlich beim Friedensschluß ordnen würde. Dieser unabhängige Volksbeauftragte hatte also nicht das geringste Verständnis für die großpolnischen Pläne. Und doch spielten die Warschauer Staatsmänner mit offenen Karten. Sie brachen die diplomatischen Beziehungen mit dem deutschen Reiche ab, um in Posen auf Eroberungen ausgehen zu können. Was in den letzten Wochen an falschen Nachrichten aus Posen und Schlesien verbreitet worden ist, übersteigt selbst das in so wilden Zeiten erträgliche Maß. Die Soldatenräte, die zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" gebildet wurden, bestanden vorwiegend aus Polen. Das Netz muß nun wohl dicht genug gezogen sein, sonst hätte nicht Ignaz **Paderewski** mit englischer Begleitung nach Posen kommen können. Das war das Signal für den Aufruhr auf der ganzen Linie. Die deutschen Truppen und die deutschen Einwohner wurden überwältigt, was an sich schon ein Beweis für die mangelnde Staatsfähigkeit der Polen ist. Der Zweck ist klar: Die preußische Provinz Posen soll losgerissen werden, um den Friedenskongreß vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Diese Entwicklung hätte sich aufhalten lassen, wenn rechtzeitig, schon im Oktober, durchgegriffen worden wäre. Während der ersten sieben Wochen der Revolution sind von der Regierung Unterlassungssünden gehäuft worden. Die Unabhängigen vor allem trifft die Schuld, in dogmatischer Verranntheit das Nächste und Einfachste nicht gesehen zu haben. Am 29. Dezember hat der Rat der Volksbeauftragten seine Handlungsfreiheit wieder gewonnen und es mag als ein hoffnungsvolles Zeichen gelten, daß der Volksbeauftragte Landsberg am 30. Dezember in Breslau die Polen vor Uebergriffen warnte und Gewalt mit Gewalt zu brechen drohte. Ein hoffnungsvolles Zeichen, gewiß. Nur darf es nicht bei der Drohung bleiben. Die Regierung hat es bisher versäumt, einen Stamm unbedingt verläßlicher Truppen zu bilden. Ohne deren Hilfe ist weder die Befreiung Posens von den polnischen Beutepolitikern möglich, noch die Oberschlesiens von der Seuche des Bolschewismus. Landsberg hat in Breslau den Willen der Regierung betont, die nationale Würde zu wahren. Wir warten auf die Taten, an denen mitzuwirken das ganze deutsche Volk bereit ist.

Ein Augenzeuge über die Ereignisse in Posen.

Berlin, 30. Dezember. Von einem Soldaten, der noch gestern nachmittag in Posen geweilt hat, werden dem Berliner Lokalanzeiger Einzelheiten über die Sturmtage gemeldet. Als am Freitag nachmittag das 6. Grenadier-Regiment anlangte, drang der polnische A.- u. S.-Rat auf sofortige Entwaffnung der Truppen. Diese weigerten sich. Sie zogen mit Musik zur Kaserne. Als sie später unter Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung einen Umzug veranstalteten, ersuchten sie zunächst gütlich, die an mehreren Häusern gehißten amerikanischen Fahnen einzuziehen. Als dies nichts half, wurden sie heruntergeholt. Nun begann polnischerseits die Schießerei. Die jungen Burschen, die teilweise noch im Knabenalter stehen, sind mit Gewehren und Handgranaten ausgerüstet und führen auch Maschinengewehre mit sich. Da sie von ihren Waffen ausgiebig Gebrauch machten, wurden alsbald unsere Maschinengewehre alarmiert, worauf die Polen Handgranaten warfen. Durch Trompetensignal riefen sie die Bevölkerung zusammen. Sie hatten bereits einige Abende Probealarm gemacht. Nun kamen aus allen Ecken und Enden Bewaffnete hervor und schossen auf die deutschen Soldaten, die sich nur mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Maschinengewehre die Angreifer vom Leibe halten konnten. Als die deutschen Soldaten darnach zum Angriff übergingen und das Schloß zurückerobern wollten, wurden sie aus dessen Fenstern mit Schüssen und Handgranaten empfangen. Es gelang ihnen aber die Straßen zu säubern und leidlich Ruhe wiederherzustellen. Am Sonnabend versuchten die Polen die Kaserne der Sechser zu stürmen. Darauf besetzten sie sämtliche Staatsgebäude und sperrten alle Straßen ab. Jeder deutsche Soldat wurde mit dem Ruf: „Hände hoch! empfangen, beraubt und mißhandelt. Ebenso erging es allen deutsch-sprechenden Zivilisten, die sich auf der Straße blicken ließen. Die deutschen Kaufläden wurden in großer Zahl geplündert. Am Sonntag befand sich das Schloß noch in polnischen Händen. Die Deutschen sind in verzweifelter Stimmung. Hilfe tut dringend not.

Im „Berliner Tageblatt" heißt es: Jetzt haben wir das Ergebnis einer Politik der deutschen

Regierung, die vor der polnischen Gefahr die Augen verschlossen und jeden durchgreifenden Grenz- und Heimatschutz für überflüssig erachtet. Es ist höchste Zeit, daß deutsches Militär dort Ordnung schafft.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird gesagt: Zu allen schon begangenen Fehlern dürfen wir unter keinen Umständen den begehen, daß wir die polnischen Ansprüche uns gegenüber als etwas irgendwie Berechtigtes auch nur im Gedanken aufkommen lassen. Wir müssen gegen solche Auffassung, so scharf es angeht, kämpfen und solange es noch nicht zu spät ist. Unsere klare Losung muß es sein: „Hände weg vom deutschen Land im Osten!"

Die Forderung der Stunden.

Stuttgart, 30. Dezember. In verschiedenen Aussprachen der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattgefunden haben, ist einstimmig beschlossen worden, gemeinsam hinzuwirken auf

1. Neuerrichtung des Deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage,
2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung,
3. schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Zu den Vorgängen in Berlin am 23. Dezember.

Berlin, 30. Dezember. Der frühere Volksbeauftragte Haase ist in einem auch der Presse übergebenen Brief an den Zentralrat nochmals auf die Vorgänge vom 23. Dezember zurückgekommen. Die Angaben dieses Briefes sind vollständig unrichtig.

Der Kriegsminister erklärt hierzu: Ich habe nie und zu niemand gesagt, daß die Darstellung, wie sie die Freiheit in ihrer Morgenausgabe vom 30. Dezember bringt, richtig sei. Mir ist nie der Auftrag gegeben worden, rücksichtslos mit militärischer Gewalt den Widerstand der Matrosen zu brechen, um die Autorität der Regierung zu wahren. Von einer durch militärische Gewalt zu erwartenden Autorität der Regierung ist nie gesprochen worden. Mein „Konflikt" mit der Reichsregierung bestand im wesentlichen in meiner Verwahrung, daß die Vorgänge, an denen ich doch stark beteiligt war, ohne meine Zuziehung in den Verhandlungen mit dem Zentralrat amtlich behandelt wurden.

Berlin, 30. Dezember. In dem Brief der früheren Volksbeauftragten Haase, Dittmann u. Barth findet sich der Satz: Dabei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch der Führer der Volksmarinedivision Radke die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen in Abrede stellt.

Es wird hiermit festgestellt, daß der Wortlaut der telephonischen Mitteilung Radkes stenographisch aufgenommen wurde und folgendermaßen lautet: Ich glaube nicht, daß Wels lebendig herauskommt.

Prinz Max von Baden demokratischer Kandidat.

Wie die „Danz. Ztg." aus Heidelberg erfährt, ist dort von der Deutschen demokratischen Partei Prinz Max von Baden als Kandidat für die deutsche Nationalversammlung aufgestellt worden.

Neujahr 1919.

Fahr' hin auf dunklen, müden Schwingen,
Du Jahr voll Jammer, Haß und Not;
Du neues sollst Erlösung bringen,
O gib uns Frieden, gib uns Brot!

Gib uns das alte Gottvertrauen,
Der Väter schlichte, treue Art,
Daß groß und stark wir weiterbauen,
Was groß und stark begonnen ward.

Gib uns den Geist der Liebe wieder
Im teuern deutschen Vaterland,
Die uns als Schwestern und als Brüder
Im heil'gen Kampf so fest verband.

So können wir das Schwerste tragen,
So fügt sich willig Hand in Hand;
Ja, Liebe, du wirst Brücken schlagen
Von Gau zu Gau, von Land zu Land.

Dir müssen Neid und Haß sich beugen;
Du hemmst der Lüge Siegeslauf,
Und über Blut und Trümmer steigen
Der Wahrheit Tempel schöner auf.

Und ist's der Menschheit Los, zu irren,
Geblendet sein von eitlem Wahn,
Sie reißt sich los von Trug und Wirren
Und bricht sich kühn zum Himmel Bahn.

O Glück, auf das wir sehnend warten,
Du Völkermorgen, licht und klar,
O nah uns, die wir bangend harrten,
Beseligend im neuen Jahr!

Fr. Pleger.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 1. Januar 1919.

— **Militärisches.** Zum Kommandierenden General des 2. Armeekorps ist der Generalleutnant v. Kraemel, früher Chef des Stabes in Stettin, ernannt worden.

— **Reisen zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung.** Die Eisenbahndienststellen haben Anweisung erhalten, darauf hinzuwirken, daß unter den scharfen Einschränkungen im Personenverkehr, die infolge beschleunigter Abgabe von Lokomotiven und Wagen an die Entente erforderlich geworden sind, die Vorbereitungen für die Wahlen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung möglichst wenig leiden. Allen Personen, die nachweislich mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt sind, und ebenso den bisherigen Reichstags- und Landtagsabgeordneten soll die Ausführung der erforderlichen Reisen dadurch ermöglicht werden, daß sie Fahrkarten ohne Verzug erhalten. Im allgemeinen müssen auch in diesen Fällen schriftliche Unterlagen gefordert werden. Als ausreichende Ausweise werden Bescheinigungen anerkannt werden, die von den Wahlkommissaren, den Parteivorständen, den Wahlkreisorganisationen oder den örtlichen Wahlvereinen usw. ausgestellt sind. In besonders dringenden Fällen können ausnahmsweise auch auf glaubhafte mündliche Erklärungen hin Fahrkarten an solche Personen verabfolgt werden.

— **Die Deutsch-nationale Volkspartei** hatte gestern abend in den Viktoriapark eine Versammlung einberufen, in der Frau Professor Kalehne-Danzig einen Vortrag über „Die Frau und die Deutsch-nationale Volkspartei" hielt. Sie legte besonders den Unterschied zwischen den drei rechtsstehenden Parteien, insbesondere die Punkte, die trennend zwischen der Deutsch-nationalen und der Deutsch-demokratischen Partei stehen, dar. War bislang der antisemitische Standpunkt von den Rednern der Deutsch-nationalen Volkspartei mit einer weniger scharfen Bestimmtheit betont worden, so ließ Frau Professor Kalehne in ihren Ausführungen über die Stellung der Deutsch-nationalen Volkspartei zum Judentum völlig den Schleier fallen, der, von den Anhängern jener Partei ängstlich gehütet, ihre wahre Gesinnung verhüllen sollte. Augenscheinlich war es selbst den Führern der Deutschnationalen Volkspartei nicht sonderlich angenehm, daß die Rednerin so bestimmt die Juden als „Fremdlinge" und Nichtdeutsche bezeichnete. Den Eindruck, der von einer großen Anzahl Anwesender mißbilligend empfunden wurde, konnten auch die abschwächenden Auslegungen dieser Worte durch Herrn Staatsanwalt Bennecke nicht verwischen. In der nachfolgenden Erörterung versuchte Herr Wingendorf für die Deutsch-nationale Partei Stimmung zu machen. Frau Meisel erhob entschieden Einspruch gegen die von der Rednerin in Bezug auf die Juden gebrauchte Bezeichnung „Fremdlinge" und erinnerte daran, daß alle jüdischen Frauen ebenso wie die Männer an der Stelle, an die sie in diesem Kriege gestellt worden seien, stets ihre volle Pflicht getan haben. Sie gemahnte an das Wort des Kaisers: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche. Herr Löhrke legte gegen den Vorwurf der Rednerin, die Deutsch-demokratische Partei betone nicht stark genug die Zusammengehörigkeit von Staat und Kirche Verwahrung ein und bezeichnete das Bestreben der Deutsch-nationalen Volkspartei, den Eindruck zu erwecken, daß die Deutsch-demokratische Partei die Abschaffung des Religionsunterrichts gutheiße, als Stimmenfang. Herr Rechtsanwalt Wilck stellte noch einmal den antisemitischen Standpunkt der Deutsch-nationalen Volkspartei fest. Herr Medizinalrat Dr. Witting behauptete, im persönlichen Verkehr den Juden zu achten, dem geschlossenen Judentum als Ganzem gegenüber Antisemit zu sein. — Der Aussprache schloß sich eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung an.

— **Endlich das wahre Gesicht!** Am 23. Dezember hat, wie erinnerlich, im Artushof unter dem Vorsitz des Justizrats Schlee eine Besprechung über die innerpolitische Lage stattgefunden, in der Direktor Ganske als Hauptredner den Anwesenden (einigen zwanzig Herren, die früher der nationalliberalen Partei oder der fortschrittlichen Volkspartei angehört haben sollen) den Anschluß an die deutschnationale Volkspartei empfahl. Die meisten Versammlungsteilnehmer faßten einen Beschluß in diesem Sinne. In dem Bericht über die Versammlung, der uns von einem der Veranstalter zur Veröffentlichung übergeben worden war, heißt es dann wörtlich: „Nur Rechtsanwalt Wilk lehnte den Beitritt in die Deuschnaionale Partei ab, weil sie antisemtisch sei, eine Behauptung, der energisch widersprochen wurde u. für die er nur die eine Tatsache anführen konnte, daß in ihrem Programm das Bekenntnis zur christlichen Weltanschauung enthalten sei, als ob diese mit Antisemitismus identisch sei." — Hierzu hatten wir damals bemerkt, es könne doch von gegnerischer Seite nicht bestritten werden, daß Herr Staatsanwalt Bennecke so ziemlich in jeder seiner Rede in mehr oder minder verblümter Weise den antisemitischen Stadnpunkt vertreten hat. Er ist von der Thorner Ortsgruppe der Deutschnationalen als erster Kandidat aufgestellt. Man muß also annehmen, daß er in ihrem Sinne spricht. Ebenso hat sich Herr Medizinalrat Dr. Witting wiederholt in ähnlicher Weise geäußert. — Gegen diese unsere Bemerkung wendet sich die „Presse" in ihrer Ausgabe vom 29. Dezember, indem sie von einer „falschen Unterstellung" sprach mit folgenden Worten: „Die genannten Herren sind national-deutsch, was allerdings bei der Charakterlosigkeit der Zeit schon genügt, in den Ruf einer grundsätzlichen Gegnerschaft des Judentums zu kommen, und beide sind bestrebt im Staatsleben christlich-deutsche Art zu erhalten und zur Geltung zu bringen, was bei dem starken Anspruch jüdischer Führer auf die Regierungsstellen nich ungerechtfertigt erscheinen dürfte. Aber beide Herren haben unter Anerkennung der vaterländischen Gesinnung nicht kleiner jüdischer Kreise sich entgegenkommend geäußert und sind im Kreise der deutschnationalen Partei stets dafür eingetreten, etwa hervorbrechenden antisemitischen Strömungen nicht nachzugeben, sondern die Wahlbewegungen in ruhigen Bahnen zu halten, um ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien zu ermöglichen — in der Erwartung, die sich leider nicht zu erfüllen scheint, daß auch auf der anderen Seite jeder aufwieglerischen Tätigkeit mit Erfolg entgegengetreten wird. Hoffentlich vollzieht sich hier noch eine Wandlung". — Gleichzeitig erschien in der „Th. Ztg." ein mit „Wingendorf, Deutschnationale Volkspartei" unterzeichnetes Eingesandt, in dem es hieß, unsere Bemerkung entbehre jeder Begründung. Wenn man solche Behauptungen aufstelle, müsse man Beweise bringen. Herr Staatsanwalt Bennecke habe sich bemüht, „jedes Wort in einer Versammlung zu vermeiden, daß zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, ebenso wie Herr Medizinalrat Witting niemals antisemitische Tendenzen in seine Reden hineingebracht" habe. Wir hatten dieser im Namen der Deutschnationalen Volkspartei abgegebenen Erklärung gegenüber nochmals ausdrücklich festgestellt, daß sich Herr Staatsanwalt Bennecke wiederholt in öffentlichen Versammlungen gegen die „goldene Internationale" gewandt hat, unter der nach dem Zusammenhang seiner Ausführungen nur das Judentum gemeint sein konnte. Auf dem Lande draußen ist er damit deutlicher geworden, während er in der Stadt die zarte Umschreibung wählte. Auch Herr Medizinalrat Witting hat in dieselbe Kerbe gehauen. Trotzdem war man bisher auf der Gegenseite ängstlich bemüht, den Antisemitismus zu verleugnen. Diesem Versteckensspiel hat nun endlich die am Montag abgehaltene deutschnationale Frauenversammlung ein Ende gemacht, in der die aus Danzig herbeigerufene Rednerin unter dem Beifall ihrer Gesinnungsgenossen gegen die Juden als „Fremdlinge" loszog. Herr Medizinalrat Dr. Witting gab unumwunden zu, der Judenheit als Antisemit gegenüberzustehen, wenn er auch im persönlichen Verkehr dem einzelnen Juden die Achtung nicht versage. Diese Offenheit ist der unaufrichtigen Kampfesweise entschieden vorzuziehen. Wer Antisemit ist, soll wenigstens den Mut haben, es zu bekennen, und sich nicht hinter allerhand Ausflüchte verschanzen. Aber eine Ungeheuerlichkeit liegt darin, daß ein und dieselben „nationalen" Kreise einerseits die Juden als Fremdlinge von sich stoßen und anderseits den Juden den angeblichen Mangel an nationalem Empfinden vorwerfen. Gerade diese Kreise tun, was in ihren Kräften steht, um den Juden die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu erschweren, und dann verlangen sie in ihrer Kurzsichtigkeit von den „Fremdlingen" Begeisterung für die deutsche Sache. Die „Fremdlinge" waren gut genug dazu, Kriegsanleihen zu zeichnen und ins Feld zu ziehen; jetzt kann man ja getrost wieder über sie herfallen. Mancher, der sehr deutschnational auftritt und andere als „Fremdlinge" bezeichnet, brauchte vielleicht seinen Stammbaum nicht allzuweit zurückzuprüfen, um zu finden, daß sein Germanentum noch sehr jungen Datums ist und daß vielleicht seine Voreltern noch eine fremde Muttersprache hatten, während sich die jüdischen „Fremdlinge" längst der deutschen Sprache bedienten. Was würde er dazu sagen, wenn man ihn vielleicht auf Grund seines nichtdeutschen Namens nun auch als Fremdling bezeichnen wollte? Mit der Rassenpolitik werden die Herren gerade hier im Osten nicht sehr weit kommen.

— **Der Thorner Bürgerausschuß** hielt am Montag Abend 5 Uhr bei Martin eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzer Chefredakteur Wartmann zunächst mitteilte, daß der Thorner Beamtenrat als ständige Vertreter die Herren Kreisbaumeister Krause und Oberlehrer Dr. Albricht zu den Sitzungen des Bürgerausschusses abgeordnet hat. Dann berichtete der Vorsitzer über die Bemühungen um Zulassung des Bürgerrats zu den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats, die bisher einen Erfolg nicht gehabt. Bei der Rücksprache der beiden Obmänner mit dem Vorsitzer des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Herrn Raube habe dieser sich ablehnend geäußert und eingewandt, daß dem Bürgerrat die Legitimation für die Aufnahme in den Arbeiter- und Soldatenrat fehle. Es wurde ihm erwidert, daß der Bürgerrat dafür dieselbe Legitimation wie der Arbeiterrat habe, da er in derselben Weise von einer allgemeinen Bürgerversammlung gewählt worden wie der Arbeiterrat von einer allgemeinen Arbeiterversammlung; Herr Raube habe dies aber nicht anerkannt, sondern nur anheimgestellt, durch ein Mitglied des Arbeiterrats den Antrag stellen zu lassen, den Arbeiterrat durch die Bürgerratsmitglieder ergänzen zu lassen, und im übrigen habe er auf den Weg der schriftlichen Eingabe für die Wahrnehmung kommunaler Interessen verwiesen. Inzwischen sei jetzt eine vollständig neue Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrats ausgeschrieben, nach welcher von den 60 Sitzen 40 auf die Arbeiter, acht auf die Beamten, 2 auf die Handlungsangestellten, 1 auf die technisch Angestellten und 9 auf die übrigen Berufsklassen entfallen. Diese bürgerlichen Berufsklassen kämen durchaus nicht zu ihrem Rechte, gleichwohl werde man es auch allgemein nicht für angezeigt halten, auf die Mitarbeit im Arbeiterrat zu verzichten. Da nun die infrage kommenden Bürgerkreise mit den ihnen überlassenen Sitzen auch nach den Berufsarten sämtlich durch die neun Bürgerratsmitglieder vertreten werden könnten, sei anzunehmen, daß diese von den verschiedenen Berufsklassen als Vertreter übernommen werden, wozu diese auch bereits zumteil ihr Einverständnis erklärt haben. Es würde also dem Vollzugsausschuß folgende Liste zu präsentieren sein: Privatbeamte Chefredakteur Wartmann und Sekretär Polzin, Kaufleute und Gewerbetreibende Adolf Krause und Georg Dietrich, selbständige Handwerker und Verein der Arbeitgeber Schneidermeister Sobczak und Klempnermeister Meinas, Hausbesitzer Kaufmann Paul Meyer, freie Berufe Rechtsanwalt Mielcarcewicz und Sanitätsrat Dr. Wolpe. Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen zu. — Weiter wurde über die Teilnahme am Reichsbürgertage in Berlin verhandelt. Der vom Bürgerrat Groß-Berlin auf **den 5. Januar nach Berlin,** preußisches Abgeordnetenhaus, einberufene Reichsbürgertag für Deutschland und Deutsch-Oesterreich soll eine Kundgebung des deutschen Bürgertums sein, das seine unbedingte Gleichberechtigung bei allen politischen und wirtschaftlichen staatlichen Maßnahmen wahren will und den taktischen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung für den gemeinsamen Kampf gegen die drohende Gefahr einer einseitigen Herrschaft der Sozialdemokratie erstrebt. Die Tagesordnung ist folgende: Aufgaben der Bürgerräte; die Wahlen zur Nationalversammlung; Stellung der Bürgerräte zu den Arbeiter- und Soldatenräten; Reichseinheit; Konstituierung des Reichsbürgerrates. Die Versammlung erachtete die Teilnahme an dem Reichsbürgerrate für durchaus notwendig und wählte zum Delegierten des Thorner Bürgerausschusses Chefredakteur Wartmann und zum Stellvertreter Kaufmann Adolf Krause. — Schluß 7 Uhr.

— **Kohlenpreis-Erhöhung.** Wie verlautet, hat der preußische Handelsminister die beantragte Erhöhung der Kohlenpreise auch für das oberschlesische Revier genehmigt und zwar um 14,50 Mark für die Tonne Steinkohlen und Steinkohlenbriketts einschließlich Steuer.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 1. Januar 1919: Wolkig, Temperatur wenig geändert, zeitweise Niederschläge.

Die Wahlvorschläge der Deutschen demokratischen Partei in Westpreußen.

In Marienburg fand am Sonnabend nachmittag eine Sitzung des Landesverbandes Westpreußen der Deutschen demokratischen Partei statt, um die Feststellung der Kandidatenliste für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen und preußischen Nationalversammlung vorzunehmen, nachdem ein durch die Tagung vom 15. Dezember eingesetzter Ausschuß die Vorbereitungen dazu getroffen hatte. Die Leitung der stark aus allen Teilen der Provinz besuchten Versammlung lag in den Händen des Verbandsvorsitzenden, Stadtrats Neumann-Danzig. Die Verhandlungen nahmen, wie die Danz. Ztg. berichtet, mehrere Stunden in Anspruch und führten des öfteren zu besonderen Abstimmungen, verliefen aber im allgemeinen durchaus harmonisch und waren getragen von dem wahren Bestreben, unter aller Betonung des demokratischen Gedankens möglichst allen Ansprüchen der verschiedenen Gegenden der Provinz und Gruppen der Wählerschaft Rechnung zu tragen.

Für die deutsche Nationalversammlung wurde einmütig an erster Stelle aufgestellt Friedrich Weinhausen, Danzigs verdienstvoller Vertreter im Reichstage. An zweiter Stelle wurde in Anbetracht der besonderen Bedeutung, die in der erstmaligen Beteiligung der Frauen an der Wahl liegt, eine Frau als Kandidatin gewählt, und zwar Frl. Katharina Kloß, Mittelschulvorsteherin in Danzig. An dritter Stelle einigte man sich auf einen Vertreter der Arbeiterschaft, und zwar auf Herrn Gleichauf-Berlin, Vorsitzenden des Gewerkvereins der Metallarbeiter, auf den die Aufmerksamkeit gelenkt worden war, nachdem mehrere westpreußische Arbeitervertreter, so Herr Heinrich-Danzig, die Kandidatur abgelehnt hatten. An vierter Stelle folgt Herr Ingenieur und Fabrikbesitzer Bentzki-Graudenz. Seine Aufstellung erfolgte einmal aus der Erkenntnis der Notwendigkeit, angesichts des Neuaufbaues unseres Wirtschaftslebens die Industrie im Parlament vertreten zu sehen, weiter auch mit Rücksicht auf die Nationalliberalen Westpreußens, die bekanntlich rückhaltslos die deutschen demokratischen Kandidaturen zu unterstützen beschlossen haben und großenteils auch selbst zur Demokratischen Partei übergetreten sind, wie Herr Bentzki dies gleichfalls getan hat. Die weiteren Kandidaturen für die deutsche Nationalversammlung sind: Landwirt Hackbarth in Gramtschen, Kr. Thorn, Photograph Greve in Konitz, Offizierstellvertreter Reese in Graudenz, Rechtsanwalt Flegel in Schwetz, Kaufmann Wiebe in Marienburg, Rangiermeister Gruschkowski in Dirschau und Kreisbaumeister Krause in Thorn.

Sodann erfolgte die Aufstellung der Kandidatenliste für die preußische Nationalversammlung, die 17 Mann umfaßt. An die erste Stelle wurde gleichfalls unter allseitiger Zustimmung Herr Landtagsabgeordneter Schmiljan-Danzig berufen, dessen Wirksamkeit im Abgeordnetenhaus allgemein gewürdigt wird und der in den letzten Wochen durch unermüdliche Vortragsreisen in die verschiedensten Gegenden der Provinz sich besonders verdient gemacht hat. An zweiter Stelle war vom Wahlausschuß der bisherige Landtagsabgeordnete Dr. Herrmann vorgeschlagen worden. Dr. Herrmann lehnte jedoch die Kandidatur ab, unter Berufung darauf, daß er seinerzeit bei seiner Wahl das Mandat nur auf die Dauer der Legislaturperiode angenommen und schon damals betont habe, daß er für Danzig die Wahl eines Kaufmanns für selbstverständlich halte, dem er sofort Platz machen werde, wenn sich ein solcher zu einer Kandidatur bereit fände, wofür jetzt Aussicht vorhanden sei. Es wurde nunmehr gewählt an zweiter Stelle Herr Landwirt Moritz in Wilhelmsau, Kr. Culm, Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernbundes, sodann

in weiterer Reihenfolge Herr Bürgermeister Winkler in Graudenz, Techniker Rebehn in Elbing, Rechtsanwalt Aronsohn in Thorn, Lokomotivführer Heinrich in Konitz, Frau Carstenn in Elbing, Dr. Damme in Danzig, Bürgermeister Eggert in Riesenburg, Taubstummenlehrer Bartmann in Schlochau, Steuermann Hecke in Dirschau, Rektor Krefft in Dirschau, Klempnermeister Kleinert in Elbing, Frau Hinz, Vorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen in Danzig, Schneider Albrecht in Neuenburg, Kassierer Brose in Stuhm und Eisenbahnarbeiter Arndt in Danzig.

y. Schönsee. Die Freiwillige Feuerwehr beschloß in ihrer Generalversammlung am 29. Dezember den Austritt aus dem Westpreußischen Feuerwehrverband und Beitritt zum Westpr. Feuerwehrverein vom 1. Januar 1919 ab. Das Kommando wurde wie folgt neugewählt: Oberbrandmeister Sattlermeister Fenske Brandmeister Böttchermeister H. Grobmann, Zeugmeister Uhrmachermeister Lemke. Zum Schriftführer und Schatzmeister wurde Postvorsteher Maywald wiedergewählt. Der bisherige Oberbrandmeister P. Borbmann wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. — Deutsch-nationale Volkspartei. Am 29. Dezember hielt die Deutsch-nationale Volkspartei in Schreibers Saale eine Wählerversammlung ab. Es sprachen Bankvorsteher Seiffert-Briesen, Mittelschullehrer Paul-Thorn, Pfarrer Müller und Frau Boi-Schönsee. Lehrer Krüger-Zielen und Bauführer Kratz-Schönsee. Dieser bedauerte u. a., daß die Deutsch-demokratische Partei bis jetzt Schönsee vernachlässigt habe und nichts zur Aufklärung über ihre Ziele in hiesiger Gegend tue.

Danzig. Die roten Fahnen. Der Täter, der in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember die roten Fahnen am Bahnhofsplatz entfernt hatte, ist ermittelt. Er hat sich kurze Zeit darauf selbst gestellt. Es ist ein junger Offizier, der seit Kriegsbeginn im Felde gestanden hat und in die Entwicklung der Verhältnisse in der Heimat nicht eingelebt war. — Pferde und Wagen beschlagnahmt. Der Arbeiterrat in Ohra machte in der Nacht zum ersten Feiertag einen guten Fang. Fünf Personen führten einen Trupp von 15 Pferden und vier Wagen, von denen einer zerlegt war, durch Ohra und wurden dort als verdächtig angehalten. Die Ausweise waren ungenügend. Die Leute ergriffen die Flucht, zwei von ihnen entkamen. Die Wagen waren beladen mit Decken, Säcken, Plänen, einem großen Kessel und sonstigen Militärgeräten.

Tilsit. Schwindler. Am Sonnabend kam ein Soldat in ein Juweliergeschäft und ließ sich einige Brillantringe vorlegen. In einem unbewachten Augenblicke nahm er drei Ringe von größerem Werte und entfernte sich. Vor einigen Wochen hatte derselbe Soldat in dem gleichen Geschäft für etwa 1000 Mark Ringe gekauft.

Bromberg. Die polnische Frage. Vor einer zahlreichen, außerordentlich willigen Zuhörerschaft, die sich zum größten Teil aus Vertretern des weiblichen Geschlechts zusammensetzte, sprach Sonntag abend Geheimrat Cleinow in Schleusenau über die polnische Frage. Er schilderte wiederum in lebhafter Darstellung das Schicksal, das der kerndeutschen Ostmark bevorsteht, wenn die nicht gerade bescheidenen Ansprüche der Polen in Erfüllung gehen sollten. Die augenblickliche Lage sei zwar nicht ungefährlich, aber man dürfe sich durch die häufig sehr übertriebenen Gerüchte, die von polnischer Seite aus allzu durchsichtigen Gründen in die Welt gesetzt werden, nicht bluffen und mutlos machen lassen. Die straffe nationale Zusammenschließung der Polen in ihrem Volksrat sollten wir uns als Vorbild nehmen und in letzter Stunde darnach trachten, die Organisation, die sich die Polen gegeben haben, uns selber zu geben, damit wir durch sie die deutsche Regierung und das deutsche Parlament über die wahren Verhältnisse im Osten instruieren und in deutschem Sinne beeinflussen, um zu verhindern, daß unsere Rechte im Parlament verschachert werden. Die Ausführungen klangen in die Aufforderung aus, sich der bereits bestehenden Deutschen Vereinigung anzuschließen und auch für Schleusenau einen eigenen Volksrat zu bilden. — Ohne Widerspruch vollzog sich dann auch dessen Gründung.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Muß das wirklich sein?

Seit Bestehen der Kriegsspeiseanstalt in der Bachestraße genießen die Anwohner in kurzen Zwischenräumen den peinlichen Anblick, daß große Fuhren Kartoffeln, nach nicht langem Lagern verfault und unbrauchbar geworden als Dung wieder abgefahren werden, so auch gestern wieder. Mit größter Genauigkeit werden den Kostgängern die Kartoffelmarken abgefordert, hier kommen hunderte von Zentnern dieses jetzt knappen und teuren Lebensmittels nicht in Frage. Es hat den Anschein, daß man bei dieser Anstalt durch Schaden nicht klüger wird.

Muß das wirklich sein?

Für die uns beim Tode unserer lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme und für die herzlichen Trostworte des Herrn Pfarrer Arndt sagen wir hierdurch herzlichen Dank.
Im Namen der Angehörigen
Bertha Lambeck.

Allen seinen Gästen, Freunden und Bekannten ein

frohes gesundes neues Jahr

Walter Froede und Frau
Kaffee Kaiserkrone.

Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten wünscht

ein frohes und gesundes neues Jahr

Familie Grzeskowiak, Tivoli.

Ein frohes neues Jahr

wünscht seinen geehrten Gästen, Freunden und Bekannten

Preussischer Hof

M. Jacubowski.

Allen meinen werten Kunden, Gönnern, Freunden und Bekannten wünscht ein

gesegnetes glückliches neues Jahr

Adolf Knappe und Familie

Spedition :: Möbeltransport
Thorn, Brückenstrasse 25.



Den werten Besuchern meiner Lichtspieltheater wünsche

ein glückliches neues Jahr

Lichtspiele Odeon und Metropol

Gerechtestrasse 3. *Friedrichstrasse 7.*

Bekanntmachung.

Um eine schnellere Erledigung der Post zu ermöglichen, sehen wir uns veranlaßt nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche für den Arbeiter- und Soldatenrat bestimmten Briefsendungen usw. stets nach dem alten Gouverneurgebäude Neust. Markt 21 zu richten sind.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
gez. **Raube**

Karbid.

Die Karbidmarken für Monat Januar 1919 werden an Empfangsberechtigte vom 2 Januar 1919 ab im Verteilungsamt I, Zimmer 4, ausgegeben.

Der Verkauf des Karbids findet bei Herrn Fahrradhändler **Straßburger**, Brückenstraße 17 statt.

Thorn, den 31 Dezember 1918

Der Magistrat.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Ein frohes Neujahr

wünscht seinen werten Gästen und Gönnern

Restaurant Schlüsselmühle
Walter Bohnke.

Ein glückliches neues Jahr

wünscht seinen verehrten Gästen und Bekannten

Der Oekonom des Bürgerkellers
B. Friedländer.

Meinen werten Kunden von Thorn und Umgegend wünsche ich ein

gesundes neues Jahr!

Frau H. Naftaniel
Fischhandlung
Thorn-Mocker.

Allen meinen werten Kunden

die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel.

Musikhaus W. Zielke.

Allen Geschäftsfreunden

herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel.

Gottlieb Riefflin Nachf.

Spedition Möbel-Transport, Kohlen.

Meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten ein

frohes, neues Jahr.

Behrend, Ziegeleipark

Meiner werten Kundschaft Freunden und Bekannten zum Jahreswechsel die herzlichsten

Glück- und Segenswünsche.

H. Fechner,
Drechslermstr., Katharinenstr. 4

Meinen werten Kunden, Freunden und Bekannten zum neuen Jahre die

besten Wünsche.

Julius Hoffmann (Szepold Nachf.)
Feilenhauermeister.

Den geehrten Kunden, Freunden und Bekannten wünscht ein

gesundes neues Jahr!

R. Lindemann,
Schuhmachermeister, Brückenstrasse 36.

Meinen werten Kunden, lieben Freunden u. Bekannten zum Jahreswechsel die

besten Glückwünsche

W. Olkiewicz,
Schuhmachermeister,
— Gerechtestraße 27 —

Meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten zum neuen Jahr

die besten Wünsche.

Weitzmann, Bürgergarten.

Meiner werten Kundschaft wünsche

ein frohes neues Jahr!

P. Zak,
Gelbgießerei und Kupferschmiede, Bäckerstraße Nr. 11.

Ihren werten Gästen, Freunden und Bekannten ein

frohes neues Jahr

wünschen

G. Zaracha und Frau

Handbürsten
Scheuerbürsten
Schrobber
Straßenbesen
Haarbesen

empfiehlt
Adolf Majer, Drogerie, Breitestr. 9.

Bettnässen

Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zworecz, München 532 W.**, Neureutherstr. 13.

Café „Monopol"
(früher „Kronprinz".)

Dienstag, den 31. Dezember

Grosse Silvesterfeier

Verstärkte Hauskapelle.

Kein Entree. **Kein Preisaufschlag.**

Reservierte Tische bitte frühzeitig am Büfett zu bestellen.

Schützenhaus

Sylvester — Grosser Saal — Sylvester

Kappenfest

mit vielen Ueberraschungen
Anfang 7 Uhr.

Kappen sind im Saal zu haben.

Restaurant Nicolai

Am 1. Januar:

Familienkränzchen.

Tivoli.

Am Neujahrstage:

Großes Streichkonzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Ziegelei-Park.

Am Neujahrstage:

Großes Streich-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Feldart.-Regts. 81 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Grünberg**.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Hochachtungsvoll
Gustav Behrend.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3.

Dienstag bis Donnerstag:

Das Testament des Sonderlings

Schauspiel in 3 Akten. Hauptrolle Friedrich Kühne, Thea Fora.

Die Badekönigin

Lustspiel in 3 Akten von Schmidthässler. Hauptrolle Manny Ziener, Hermann Seldenack. Aenderungen vorbehalten.

Metropoltheater

Friedrichstraße 7. Täglich von 3—10 Uhr geöffnet.

Von Dienstag bis Freitag:

Das gestohlene Hotel

Detektiv-Schauspiel in 2 Akten von Lindau.

Heddys Meisterstreich

Lustspiel in 4 Akten. Hauptrolle Egede Niessen, Bruno Kastner. Aenderungen vorbehalten.

Stadt-Theater

Mittwoch, 1. Jan. 19, nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
„Die Rose von Stambul".

Abds. 7½ Uhr: Außer Abonnement!
„Die Fahrt in's Glück".

Donnerstag, 2. Januar, 7½ Uhr:
Klassikerabend! Neu einstudiert!
Des Meeres und der Liebe Wellen

Lämmchen

Kleinkunstbühne
Gerechte-Straße 3

Ab 1 Januar 1919:
das phänomenale
Neujahrs-Programm

Neu! mit **Neu!**

E. Waretzki
der urkomische
Musikal-Klown

Friedo Kötter
der wirkliche Humorist.

Peters Possen-Ensemble

Damen-Hausorchester
A. Raepprecht

An Sonn- u. Feiertagen:
2 Große 2 Vorstellungen.
Anfang 4 Uhr und 7 Uhr.

Weindiele.

Freitag, den 3. Januar,
abends 8 Uhr
J. □ im L.

Deutsche Turnerschaft
Turnverein Thorn e. V.
Kreis I N. O. Oberweichselgau.

Freitag, d. 3. Januar, abds. 8 Uhr
im Tivoli

Jahresversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Entlastung des stellvertretenden Kassenwarts.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.

Der Turnrat.

Sitzung des Lehrerausschusses

am Sonnabend, den 4. 1 1919, um 2 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaale

Die Lehrervereine und der Philologenverein werden gebeten, Vertreter zu entsenden oder Mitglieder des Lehrerausschusses mit ihrer Vertretung zu beauftragen.

Dr. Albrich.

Deutsche Turnerschaft

Thorn-Podgorzer Turnerschaft

Kreis I N O., Oberweichselgau.
Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr,
im Saale des Hotel Dylewski:

Mitgliederversammlung

für alle Mitglieder der Thorn-Podgorzer Turnerschaft angeschlossenen Vereine und

Begrüßungsabend

für die aus dem Felde heimgekehrten Turner rieger

Dr. R. Hohnfeldt, Vorsitzender.

Soldatenheim Thorn e. V.

Mitgliederversammlung

am 7. Januar, nachm. 4½ Uhr
im Soldatenheim.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsbericht,
2. Satzungsänderung,
3. Verschiedenes.

Die Vorsitzende.

Thorner Zeitung

Nr. 1. Beiblatt. — Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger — Mittwoch, 1. Januar 1919

Kriegsentschädigungen im 19. Jahrhundert.

Präsident Wilson ist in Europa eingetroffen, um den Vorbesprechungen der Alliierten zur Friedenskonferenz beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Kriegsentschädigungen, der Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen und wie die Ausdrücke sonst alle lauten, behandelt werden. Kriegsentschädigungen sind ja fast stets von der siegreichen Partei gefordert worden und da wir uns wohl oder übel auch mit diesem Gedanken befreunden müssen, seien einmal kurz die Kriegsentschädigungen des 19. Jahrhunderts seit dem Ende der Freiheitskriege aufgrund des interessanten Büchleins von Archivrat Lulves über „Kriegsentschädigung und Faustpfand in geschichtlicher Entwicklung“ zusammengestellt.

Der zweite Pariser Frieden vom 20. November 1815 setzte die Kriegsentschädigung, welche Frankreich den Alliierten zu zahlen hatte, auf 700 Millionen Franken fest; der Artikel 5 des Friedensvertrages besagte: Der Zustand der Unruhe und Gärung in Frankreich macht es für die Sicherheit der Nachbarstaaten notwendig, daß für eine gewisse Zeit ein Truppenkorps der Alliierten längs der Grenze militärische Positionen einnehme, „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese Besetzung der Souveränität Seiner Allerchristlichen Majestät und dem durch gegenwärtigen Traktat anerkannten und bekräftigten Besitzstande keinen Eintrag tun soll. Dieses Korps soll 150 000 Mann nicht übersteigen. Die Kosten der Unterhaltung dieser Armee werden von Frankreich bestritten. Die einleitenden Worte in diesem Artikel 5 bedeuteten zweifellos eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des unterlegenen Standes, in gewisser Hinsicht eine Linderung seiner Selbständigkeit und seiner Souveränität! Sie liefen auf eine Stärkung und Stützung der wieder eingesetzten bourbonischen Königsherrschaft hinaus. Daß die im zweiten Pariser Frieden vorgesehenen Maßregeln, die Kriegsentschädigung und die zeitweilige Besetzung französischer Gebietsteile in einem ursächlichen Zusammenhang standen, ergab sich selbst für den Uneingeweihten, auch aus den Bestimmungen des Aachener Vertrages vom 9. Oktober 1818. Sie setzten die Räumung Frankreichs auf den 30. November 1818, die Kriegskosten auf 245 Millionen Franken fest.

Bei den Abschlüssen der neueren Kriege hat zumeist die Festsetzung einer Kriegsentschädigung stattgefunden. 1866 betrug sie für Oesterreich 40 Millionen Taler; hierbei wurden aber 20 Millionen für Forderungen Oesterreichs aus dem schleswig-holsteinischen Kriege und für Verpflegung der preußischen Truppen abgerechnet. 1871 mußte Frankreich an Deutschland 5 Milliarden Kriegsentschädigung zahlen. 1878 verlangte das siegreiche Rußland eine Kriegsentschädigung von 1400 Millionen Rubel von der Türkei. Da letztere aber zur Zahlung einer solchen Summe nicht imstande war, so mußte sie für den Betrag von 1100 Millionen sich zur Abtretung von Batum, Ardahan, Kars, Alaschkert, Bauazid in Asien und vom Sandjak Tuldja in Europa verstehen.

Der zu San Stefano am 14. Februar jenes Jahres festgesetzte Friedensvertrag machte außerdem in seinem 16. Artikel die Räumung der Asiatischen Türkei durch die russischen Truppen von der Einführung von Reformen abhängig. Mit dieser dehnbaren Bestimmung durfte Rußland auf eine dauernde Zurückhaltung der besetzten Provinzen rechnen, eine Hoffnung, die an dem Widerstande Englands scheiterte: im ersten Artikel des Cypern-Vertrages kam er zum Ausdruck (4. Juni 1878). Da mußte dann Rußland sehr bald jene türkischen Provinzen räumen.

Nach seinem Kriege mit Japan hatte China im Frieden zu Shimonseki (17. April 1895) laut Artikel 8 in die „zeitweilige“ Besetzung von Wai—Hai—Bai durch den siegreichen Staat bis zur Bezahlung der Kriegsschuld einzuwilligen.

Die Revolution als Geburtsstätte unserer sozialistischen Dichtung.

Die Revolution von 1848 ist eigentlich ein Aufstand des Bürgertums, und bürgerlich ist der Grundton und die Grundlage ihres ganzen Verlaufes. Aber in diesen aufgewühlten und unruhig gärenden Zeiten regten sich doch in der Tiefe schon die Kräfte einer neuen Gedankenbewegung, die damals in England und Frankreich bereits ihre Form zu finden anfing; des Sozialismus. So ist denn in der 48er Revolution in Deutschland zum ersten Mal eine sozialistische Dichtung entstanden, die zwar noch nicht sozialdemokratisch war, da diese Partei damals noch nicht bestand, aber für die späteren Sozialdemokraten eine geradezu klassische Geltung bewahrt hat. Einige der Revolutionsdichter von 1848, wie Herwegh, haben sich ja später der Sozialdemokratie angeschlossen oder standen ihr wenigstens nahe. Zu diesen Dichtern, die vor allem das soziale Element der Revolution betonten, gehört Freiligrath, der während seiner Londoner Verbannung einige der ergreifendsten Stück der englischen sozialen Dichtung, so Robert Burns' „Trotz alledem!“ und Thomas Hoods „Lied von Hemde“ übersetzte, und in seinem „Requiescat“ einen Hymnus auf die Ehre und die Schwere der modernen Arbeit sang. Am ergreifendsten vielleicht kommt der soziale Unterton der Freiligrathschen Revolutionslyrik zum Ausdruck in seinem wundervollen und so wenig bekannten „Lied vom Tode“, das er am 20. Oktober 1848 „den Berliner Arbeitern und Bürgerwehrmännern zur Totenfeier ihrer gefallenen Brüder“ widmete. Da heißt es z. B.:

„Doch wir schreiben jetzt Achtundvierzig, ihr Herrn!
Und das Wetter ist da und ihr haltet's nicht auf!
Und wie ihr euch stellen mögt und sperrn:
Es nivelliert bis zu euch herauf!

Wolken auf Wolken und Strahl auf Strahl,
Und der Donner kracht und das Echo gellt
Der Odem Gottes wieder einmal
Reinigt die faul gewordene Welt!“

So wenig die Arbeiter einen eigentlichen aktiven Anteil an der Revolution hatten, so lenken doch die furchtbaren Zustände in den Industriegebieten die Aufmerksamkeit auf das Elend der Massen. Besonders die Not der schlesischen Weber, die dann im Juni 1848 zu dem von Gerhart Hauptmann dramatisch gestalteten Weberaufstand führte, beschäftigte die Dichter. Das erschütterndste Werk, das diesen Stoff behandelt, ist Heines grandioses Fluchlied „Die Weber“, das bereits durch den Weberaufstand von 18144 veranlaßt wurde. 1845 entstand dann das auch bei Hauptmann verwertete „Lied der Weber in Peterswaldau und Langenbielau“, das in H. Püttmanns „Deutschem Bürgerbuch für 1845“ veröffentlicht wurde. Dieses Gedicht eines unbekannten Verfassers, das den Namen „Blutgericht“ erhielt und nach der Melodie „Es liegt ein Schloß in Oesterreich“ gesungen wurde, ist ein Volkslied von mächtiger revolutionärer Gewalt geworden. Ebenso rief die Not der Arbeiter in den rheinisch-preußischen Induſtriebezirken die Dichter auf den Plan; der Elberfelder Kaufmann Adolf Schults verfaßte einige packende soziale Gedichte. Aus der schlesischen Webernot ist übrigens auch der erste sozialistische Roman Deutschlands entstanden: „Das Engelchen“ von Robert Prutz. Stark sozialistische Züge trägt sodann die 1846 erschienenene Gedichtsammlung „Lieder vom armen Mann“ von Karl Beck, einem feurigen und kühnen Dichter, dessen Werke zu unrecht ganz vergessen sind. Töne, ähnlich denen des kommunistischen Manifestes, erklingen in einem Gedicht, das immer wieder die bohrende Frage erhebt: „Warum sind wir so arm?“ In einem andern Lied wendet sich Beck an Rothschild und ermahnt ihn, sich und sein Kapital in den Dienst der Armen und der Menschheit zu stellen:

„Dein Name klingt wie eine Märe
Aus duftiger Tausend und einer Nacht:
Oh wär' dein Werk so schön! Oh wäre
Dein Herz so groß wie deine Macht!“

Sozialistische Ideen kann man auch in den Gedichten des Berliner Kritikers Titus Ulrich finden, der dann später Sekretär bei der Generalintendantur der Berliner Hofbühnen wurde, und ebenso in der Lyrik des später als Kunstkritiker berühmt gewordenen Ludwig Pfau, der markige Töne für das Prassen und Schwelgen der Fürsten und das Elend des Volkes findet. Das Motiv der Auswanderer, die in der Heimat nicht mehr Brot finden, klingt bei ihm an, wie in Freiligraths berühmten Gedicht, und in dem Gedicht „Die letzte Kuh“ schildert er ide harte Last der Steuern, die dem Armen alles wegnehmen.

Aus aller Welt.

Der erste Demobilmachungsplan.

Der Gedanke, für die Mobilisierung und Demobilisierung eines Heeres genaue Pläne auszuarbeiten, konnte erst zu einer Zeit entstehen, als die Organisation der modernen stehenden Armeen bereits ziemlich weit vorgeschritten war. Gewisse Mobilisierungspläne sind freilich für die Aufstellung jeder Truppe nötig, aber sie würden in früheren Zeiten erst entworfen, wenn Not am Mann war, wenn man die Werbetrommel durchs Land gehen lassen mußte, um die Haufen der Söldner zusammenzubringen, die dann an einem Haufen zusammenströmten. Friedrich der Große hat freilich schon sehr genaue Anweisung für die Mobilisierung seiner Truppen gegeben, und während des Siebenjährigen Krieges beschäftigte er sich viel mit Entwürfen und vorausschauenden Maßnahmen, um bei Friedensschluß die Truppen möglichst reibungslos in die Heimat zurückzuführen und sogleich eine gedeihliche Friedensarbeit aufnehmen zu können. Ein genau bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteter Plan, der außer der Mobilisierung des Heeres auch die Demobilmachung umfaßte, ist jedoch erst 1782 von dem österreichischen Hofkriegsrat ausgearbeitet worden. Man befürchtete damals wieder einen Angriff von Preußen, und so wurde denn von der höchsten Kriegsbehörde des Landes eine umfangreiche Aufstellung für die sofortige Zusammenberufung des Heeres gemacht und dabei auch genau angegeben, wie dann später wieder die Auflösung dieser Formation zu erfolgen habe und wie alle Einzelheiten der Entlassung, die Abgabe der Pferde und Fahrzeuge sowie des gesamten Materials zu regeln seien.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 1. Januar 1919.

Altstädt. evangel. Kirche. Vormittag 10 Uhr: Herr Pfarrer Jacobi. Abends 6 Uhr: Herr Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Bischofswerder.

Neustädt. evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Professor Ostwald (Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Bischofswerder.)

Garnisonkirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Divisionspfarrer Müller.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Arndt.

Evangelisch-lutherische Kirche (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst. Herr Pastor Wohlgemuth.

St. Georgenkirche. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Danach Beichte und Abendmahl. Vorm. 11½ Uhr: Kinder-Gottesdienst. Derselbe. Nachm. 5 Uhr Gottesdienst Herr Pfarrer Heuer. Kollekte für die Diaspora-Anstalten in Bischofswerder.

Gemeinschaft für entsch. Christentum, Baderstraße 28. Hof-Eingang. Evangelisations-Versammlungen jeden Sonn- und Feiertag nachmittags 4½ Uhr. Bibelstunden, jeden Dienstag u. Donnerstag abds.

Baptistengemeinde (Heppneritraße). Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. Herr Pred. Weßer.

Thorner ev.-kirchl. Blaukreuz-Verein. Nachm. 3 Uhr: Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße 4 (Eingang Gerstenstr.). Jedermann willkommen.

Christlicher Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 3 Uhr: Jugendabteilung. Abends 7 Uhr: Soldaten und junge Leute.

Weihnachten in Bethlehem.

Aller Augen sind in der Weihnachtszeit nach dem kleinen Bethlehem gerichtet, der Stätte, an der das Wunder der Menschenwerdung des Herrn sich erfüllte. Ein Schimmer der Verklärung schwebt um diesen Ort und besonders um die Stelle, auf der die Wiege des Kindleins gestanden haben soll. Freilich hat da die Legende alle geschichtlichen Spuren verwischt. Die enge Herberge wurde schon im zweiten Jahrhundert in eine Höhle umgedeutet, die man früh als Geburtsstätte Christi zeigte. So erzählt der Kirchenvater Origines, daß ein jedes Kind in Bethlehem, ja sogar die Heiden, die Stelle anzugeben wüßten, an der Christus geboren sei, und daß man die Krippe betrachten könne, in der er gelegen habe. Bald wurde diese Grotte zu einem der wichtigsten Wallfahrtsorte aller Christen, und die Mutter des Kaisers Konstantin, Helena, eine eifrige Vorkämpferin des Glaubens, ließ im Jahre 335 dort eine schöne Basilika erbauen. Der Bau ist etwa im 8. Jahrhundert umgestaltet worden und ein prächtiges frühchristliches Bauwerk, dessen östlichster Teil noch immer zu Gottesdiensten benutzt wird. Auch heute noch strömen hier in der heiligen Weihnachtszeit die Andächtigen von allen Seiten zusammen. In den niederen Häusern des kleinen Städtchens flammen überall Lichter auf, und die Einwohner rüsten sich zum Gang nach der Kirche. Allmählich erlöschen alle anderen Lichter, und nur um die Kirche herum flammt ein mildes Leuchten, während man das leise Gemurmel und den gedämpften Lärm der Tausende von Pilgern hört, die diesem einzigen Lichte zustreben. Der Zauber orientalischen Lebens vermischt sich hier mit der Pracht des christlichen Gottesdienstes und schafft ein einzigartiges malerisches Bild, das der berühmte Schilderer des heiligen Landes, Melchior de Vogue, folgendermaßen gezeichnet hat. „Prächtige Rosse, mit scharlachnen Sätteln und klirrenden Metallbehängen aufgeputzt, bäumen sich vor der Kirchenpforte, und arabische Reiter in reichgeschmückten Jacken und rotseidenen Schärpen springen von ihnen herab. Mitten hindurch drängen sich schreiend und gestikulierend die Händler, die Rosenkränze, Herzen und Kuchen feilbieten. Sehr zahlreich strömen Frauen durch die Pforte des Gotteshauses. Sie tragen die altertümliche und eigenartige Tracht, die nur noch in wenigen Dörfern Palästinas und besonders in Bethlehem sich erhalten hat. Rock und Hemd sind aus einfachen roten und blauen Linnen: der Hauptschmuck ist ein hoher Kopfputz, reich mit bunten Kostbarkeiten verziert, von dem ein langer weißer Schleier, das Gesicht überschattend, herabwallt. So drängt die Menge durch das Querschiff der Basilika nach dem Chore unter dem die Geburtsgrotte des Herrn liegt. Man steigt zwei enge Treppen herab und befindet sich nun an dem heiligen Ort. Die schmucklosen nackten Felsen, die einstmals diese Grotte bildeten, sind längst unter dem reichsten Prunk von Marmor und Teppichen verschwunden. Im Laufe der Jahrhunderte ist dieses Heiligtum der Heiligtümer mit unzähligen Kostbarkeiten ausgestattet worden. Die 32 Lampen, die den Raum erhellen, sind Weihgeschenke christlicher Könige des Mittelalters. Die Stelle der Geburt wird durch einen silbernen Stern bezeichnet, der von Juwelen funkelt und sich mit magischem Leuchten über eine Nische emporhebt. An einer andern Stelle zeigt man den Fleck, auf dem die heiligen drei Könige das Christkind angebetet haben sollen. Auch der Ort, an dem die Krippe stand, ist überliefert; aber die alte hölzerne Krippe, die im 15. Jahrhundert nach Rom gebracht wurde, ist jetzt durch eine marmorne ersetzt. In immer dichteren Scharen erfüllt die Menge die kleine Kirche, drängt über die Treppe, und alle knien in der lichtstrahlenden Krypta nieder, um die Stufen des Altars, den silbernen Stern und die Krippe zu küssen und andächtig dem Gottesdienst zu lauschen.“

In der Petersburger Schreckenskammer.

Der Petersburger Korrespondent der Times, Dobson, der mit einer Reihe von Landsleuten meist Beamten der englischen Botschaft und des Konsulats, in der Petersburger Peter- und Paul-Festung gefangen gehalten wurde, veröffentlicht jetzt eine Reihe von Artikeln, in denen er von den Leiden erzählt, die die Bolschewisten über sie verhängt hatten. Um die etwa 50 unbewaffneten Engländer zu verhaften, wurde eine Kompagnie der Roten Garde, die Mannschaft von zwei Torpedobooten und noch eine Schar von Truppen mit Maschinengewehren bewaffnet, aufgeboten. Der Angriff war von langer Hand vorbereitet; schon einige Wochen vorher hatten die beiden Torpedoboote gegenüber der englischen Botschaft Anker geworfen, bis endlich die Verhaftung unter dem Vorwand, die Engländer hätten sich an der Ermordung des Kommissars Uritsky beteiligt und Geld zur Niederwerfung der Revolution verteilt, vorgenommen wurde. Statt nun die vermeintlichen Feinde aus dem Lande zu weisen oder sie von ihrer Regierung zurückrufen zu lassen, verweigerten sie dem englischen Konsul die Pässe und hielten alle Mitglieder des Konsulats und der verschiedenen britischen Missionen in Petersburg fest, um sie wie Verbrecher zu behandeln. Die Gefangenen wurden unter dem Hohn der Menge durch die Straßen der Stadt zur Festung geführt. Hier wurden sie in der berühmten Bastei Trubetzkoi untergebracht, die schon seit einigen Menschenaltern der düstere Aufenthaltsort für viele politische Gefangene gewesen ist. Der erste Eindruck war schrecklich, als sie durch den langen engen Korridor schritten und die Augen der Gefangenen sahen, die durch die Oeffnungen in den Türen der Gefängniszellen auf sie blickten. Es waren Leute aus allen Klassen, Fürsten, Generäle, Bürger, vermischt mit Vagabunden, Räubern und Mördern. Alle Gefängnisse in Petersburg sind überfüllt, und oft werden Gefangene hinausgeführt und getötet, nur um anderen Raum zu machen. Während der Gefangenschaft der Engländer kündigten die bolschewistischen Zeitungen an, daß nach der Ermordung Uritskys 500 Gegenrevolutionäre hingerichtet worden seien. In der Zelle, in der Dobson eingeschlossen wurde, war man so eingeengt, daß man Arme und Beine nicht bewegen konnte, wenn man auf dem Fußboden ausgestreckt schlief. Dabei starrte alles von Schmutz, und es fehlte jede hygienische Maßnahme. Einmal in der Woche wuschen die Gefangenen mit irgendeinem schmutzigen Kleidungsstück die Zelle. Wenn sie noch etwas Seife hatten, konnten sie auch die Ueberbleibsel ihrer Wäsche reinigen. Eines Tages wurden fünf russische Gefangene herausgeholt, um vor die Kommission zum Kampfe gegen die Gegenrevolution geführt zu werden. Bei ihnen war ein altersschwacher Greis, der seinen jüngeren Leidensgefährten nicht schnell genug folgen konnte. Ein Soldat stieß ihn eine Weile vorwärts, schließlich aber erschoß er ihn u. warf den Leichnam in den Fluß. Als die Gefangenen vor der Kommission erschienen, sah der Kommissar in die Liste und fragte: „Wo ist der fünfte Gefangene?“. „Ach“, antwortete der Soldat, „ich konnte ihn nicht zum Gehen bringen, er war zu alt und schwach, sodaß ich ihn schließlich erschossen und mich seiner so entledigt habe.“ Dobson beschreibt ausführlich die furchtbaren Methoden der bolschewistischen Garden und fährt dann fort: das Gefängnis war voll von Ungeziefer, sodaß die Engländer einen großen Teil ihrer Zeit mit der Jagd darauf verbrachten. Die Lebensmittel, die ihnen gereicht wurden, waren so gering, daß die Gefangenen vor Hunger gestorben wären, wenn ihnen nicht etwas Hilfe von außen gebracht worden wäre. Eine schmutzige Suppe wurde ihnen nur einmal am Tage gebracht, aber nur sehr unregelmäßig, und manchmal blieb sie auch ganz aus. Eine Russin die Frau eines britischen Beamten, der auch im Gefängnis war, trotzte jeder Gefahr, um ihre Korrespondenz zu vermitteln. Um in das Gefängnis zu gelangen, verkleidete sie sich einmal als Dienstmädchen; am Ausgang wurde sie jedoch verhaftet, während sie mehrere Briefe in der Tasche hatte. Sie erklärte, sie wäre eine deutsche Untertanin, und sie zeigte einen Paß vor, der englisch geschrieben war. Da die bolschewistischen Wächter weder englisch noch deutsch verstanden, ließen sie sie gehen.

Bekanntmachung.

Zur Wahl

für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919

werden die Wählerlisten für die in jedem Stimmbezirk wohnhaften Wahlberechtigten in der Zeit vom 30. Dezember, vormittags 10 Uhr ab auf die Dauer von acht Tagen d. i. bis zum 6. Januar 1919 einschließlich zu jedermanns Einsicht ausliegen und zwar

im Magistratssitzungssaale Zimmer 16 des Rathauses, während der Stunden von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Das Wahrecht kann nur in **dem Stimmbezirke** ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte **in der Wählerliste eingetragen ist.**

Hierauf wird besonders hingewiesen, ebenso auf folgende **Bestimmungen über die Einspruchsfrist.**

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist d. i. bis zum 6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr bei dem Magistrat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, wozu an der Auslegungsstelle Gelegenheit geboten wird.

So haben z. B. Personen in die Wählerliste nicht eingetragen werden können, weil das Alter (vollendete 20. Lebensjahr) aus der Haushaltungsliste nicht ersichtlich war, andere deshalb nicht, weil sie verreist waren.

Soweit die Richtigkeit der den Einspruch begründenden Behauptungen nicht offenkundig ist, hat der Einsprechende für sie Beweismittel beizubringen.

Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist können in die Wählerlisten Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt (6. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr) seinen Wohnsitz nach einem andern Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirkes auf Grund einer hierüber von dem Magistrat auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirke seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

Hierauf werden insbesondere **vom Heeresdienste entlassene** Wahlberechtigte hingewiesen.

Besondere Regierungs-Verordnungen über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die erst im Januar 1919 aus dem Felde heimkehren oder mit größeren geschlossenen Truppenteilen aus dem Auslande (unter Umständen auch aus der Kriegsgefangenschaft) zurückkehren, sind außerdem in Aussicht gestellt.

Die Bekanntmachung der Stimmbezirke erfolgt besonders.

Thorn, den 26. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 14. 12. 1918 wird Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung **eine Altersrente** beziehen, für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. Dezember 1919 eine monatliche, im voraus zahlbare **Zulage von 8 Mark** zu ihrer Rente gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten.

Die Zulage wird in vollem Betrage gezahlt, auch wenn der Empfänger nur einen Bruchteil der Rente erhält.

Die Zulage fällt weg, wenn der Anspruch auf die Rente zum vollen Betrage ruht oder wegfällt.

Die Auszahlung der Zulage erfolgt monatlich gegen Vorlegung einer unterschriftlich vollzogenen Quittung durch die Postanstalt des Wohnorts des Rentenempfängers. Die Quittungsformulare können im Büro 3 im Rathause, in den Polizeirevieren in Thorn-Mocker und in der Bromberger Vorstadt in Empfang genommen werden. Es empfiehlt sich, zu Anfang eines jeden Monats eine Quittung über die Rentenzulage zusammen mit der Quittung über die laufende Rente zur Beglaubigung vorzulegen.

Zur Durchführung eines geordneten Dienstbetriebes ist es dringend erwünscht, daß sowohl die eigentliche Rente als auch der Zulagebetrag **gleichzeitig** abgehoben werden.

Thorn, den 28. Dezember 1918.

Das Versicherungsamt.

Petroleummarkenausgabe an Haushalte für Monat Januar 1919.

Auf Grund der Anordnung des Magistrats Thorn vom 2. Dezember 1915 betreffend die Regelung der Petroleumversorgung wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Petroleum erhalten nur solche Haushalte und alleinwohnende Personen, die weder Gas noch elektrische Beleuchtung besitzen und darüber eine eidesstattliche Versicherung im Verteilungsamt abgegeben haben.

§ 2.

Für Monat Januar 1919 erhalten Haushalte ohne Gas oder elektrische Beleuchtung 1 Liter Petroleum. Für möbliert wohnende Personen ohne Gas oder elektrische Beleuchtung ist Petroleum nicht verfügbar. Diese Personen erhalten 2 Lichte, die im Verteilungsamt I, Zimmer 1, Culmerstraße 16 abgefordert werden können. Zum Empfang der Petroleummarken ist der grüne Petroleumbezugsausweis vorzulegen, in dem die Abholung der Marken vom Verteilungsamt vermerkt wird.

§ 3.

Die Ausgabe der Petroleummarken an Haushalte für Monat Januar 1919 findet von Donnerstag, den 2. Januar bis Sonnabend, den 4. Januar 1919, von vormittags 8 Uhr bis 5 Uhr nachmittags in folgenden Ausgabestellen statt.

1) Verteilungsamt I, Culmerstraße 16, Zimmer 7,
2) Verteilungsamt II, Brückenstraße 13,
3) Roter, Graudenzerstraße 85 (Eingang zum Saal von der Bergstraße aus),
4) Polizeistation Thorn-Mocker, Lindenstraße 24,
5) Jakobs-Vorstadt, Leibitscherstraße 42/44, Restaurant zum Deutschen Kaiser,
6) Ackermann, Mellienstraße 3, Eingang Glaciestraße (Roter Weg).

§ 4.

Petroleum darf von den Empfangsberechtigten nur bei demjenigen Petroleumhändler abgefordert und verabfolgt werden, bei dem die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist.

Der Verkauf des Petroleums wird noch bekanntgegeben.

§ 5

Die Abrechnung über die Petroleummarken hat am Mittwoch jeder Woche stattzufinden.

§ 6

Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen der vorgenannten Anordnung.

Thorn, den 28. Dezember 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Brennspiritusmarken-Ausgabe.

Die Brennspiritusmarken-Ausgabe für Monat Januar 1919 findet statt:

am Donnerstag, den 2. Januar 1919,
am Mittwoch, den 15. Januar 1919 und
am Mittwoch, den 22. Januar 1919

und zwar von 12 bis 2 Uhr für Säuglingsmütter,
von 2 bis 3 Uhr für andere Empfangsberechtigte

Am Mittwoch, den 8. Januar und Mittwoch, den 29. Januar müssen die Ausgaben wegen Brennspiritusmangel ausfallen.

Thorn, den 30. Dezember 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Nachstehender

Nachtrag zum Tarif für den Holzhafen in Thorn vom 30. September 1909

Zu den bestehenden Lagergeldsätzen ist ein gleichmäßiger Zuschlag von 0,2 Pfg. je Woche und qm zu zahlen.

Dieser Tarifnachtrag tritt am 1. Januar k. Js. in Kraft.

Berlin, den 10. Dezember 1918.

Der Minister für Handel und Gewerbe. Im Auftrage: gez. **v. Meyeren**
Der Finanzminister. Im Auftrage: gez. **Lönlein.**
Der Minister der öffentlichen Arbeiten. Im Auftrage: gez. **Peters.**

wird hiermit veröffentlicht.

Thorn, den 30. Dezember 1918.

Thorner Holzhafen-Aktiengesellschaft.